

US-Geiseln in Gaza wieder auf freiem Fuß



Zwei im Gazastreifen verschleppte westliche Journalisten sind nach fast zwei Wochen Geiselhaft von ihren Entführern freigelassen worden. Der amerikanische Reporter **Steve Centanni** (r.) und sein Kameramann, der Neuseeländer **Olaf Wiig**, wurden gestern vor einem Hotel in Gaza aus einem kurz anhaltenden Auto ohne Kennzeichen geworfen, wie Augenzeugen berichteten. Die beiden Mitarbeiter des US-Fernsehsenders Fox waren am 14. August von maskierten bewaffneten Männern im Zentrum von Gaza entführt worden. „Mir geht es gut, ich bin gesund und in guter Verfassung“, sagte Centanni in einem ersten Livegespräch mit seiner Fernsehstation. Er beschrieb, wie sie vor fast zwei Wochen von den Bewaffneten mitten in Gaza in ihrem Wagen überfallen und anschließend verschleppt worden waren. In der Geiselhaft an einem unbekannten Ort im Gazastreifen mussten sie lange Berichte über ihre journalistische Tätigkeit verfassen und zum Islam konvertieren. „Man zwang uns dazu, mit der Waffe auf uns gerichtet“, sagte Centanni. Zu der Tat hatten sich die bislang nicht in Erscheinung getretenen Heiliger-Dschihad-Brigaden bekannt und mit der Ermordung der Geiseln gedroht. DPA

Untergrundführer in Dagestan erschossen

Russische Polizeikräfte haben bei einem Gefecht in der Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus nach eigenen Angaben einen Führer des islamistischen Untergrunds getötet. Der getötete Gadschi Melikow sei Anführer der Extremisten in der Hauptstadt Machatschkala gewesen, teilte der dagestanische Innenminister Adilgeraj Magomedtagirow gestern mit. Bei dem Gefecht in der Nacht zum Samstag waren insgesamt vier mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet worden, die sich in einem Haus in Machatschkala verschanzt hatten. Die Polizei rechnete auch den getöteten Besitzer des Hauses, den früheren dagestanischen Vizekulturminister und Theaterregisseur Subail Chijassow, zu den Islamisten. Ein Polizist und mehrere Unbeteiligte seien bei den Kämpfen verletzt worden. DPA

Proteste gegen neue Mine in Bangladesch

In Bangladesch haben sich die Proteste gegen einen geplanten Braunkohletagebau im Nordwesten des Landes verschärft. Allein gestern wurden bei den mindestens 20 Menschen verletzt. Sie hatten sich in Phulbari versammelt, wo die Mine entstehen soll. Tags zuvor waren sechs Demonstranten von der Polizei erschossen worden. In der Hauptstadt protestierten Studenten für die Rücktritte des Energie- und des Innenministers. Die Polizei musste zudem eine Brücke von Demonstranten räumen, die Dhaka mit dem Norden verbindet. Das Minenprojekt wird von einer britischen Firma in dem Ort 350 Kilometer nordwestlich von Dhaka geplant. Anwohner und Menschenrechtsgruppen fürchten, dass durch den Tagebau Hunderte Familien vertrieben würden und die Umwelt belastet würde. REUTERS

Algerien zahlt Schulden an Deutschland zurück

Algerien zahlt Deutschland mindestens die Hälfte seiner Auslandsschulden vorzeitig zurück. Das nordafrikanische Land habe gestern mit der Bundesregierung einen Vertrag zur Rückzahlung von 387 Mio. \$ unterzeichnet, meldete die amtliche Nachrichtenagentur APS. Das Land steht bei Deutschland mit insgesamt rund 760 Mio. \$ in der Kreide. Es wolle nun über eine vorzeitige Rückzahlung auch der restlichen 372 Mio. \$ verhandeln, hieß es weiter. Die Einigung ist Teil einer Übereinkunft Algeriens mit den Gläubigern im Pariser Club, insgesamt 8 Mrd. \$ schneller zurückzahlen. Grund für die frühe Rückzahlung ist die Erholung der Wirtschaft in den letzten Jahren. REUTERS

Libanesen zweifeln an Uno-Mission

Politiker in Beirut halten Schlagkraft der Unifil für begrenzt · Gegner verleumdten Blauhelme als Besatzungstruppe der USA

VON **MARKUS BICKEL**, TIRUS

Im Libanon wachsen die Zweifel an der Schlagkraft und den Erfolgsaussichten der geplanten Uno-Mission. So zeigt sich der Vorsitzende der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP), Walid Dschumblatt, skeptisch, dass die Stationierung von bis zu 15 000 Uno-Soldaten den Konflikt zwischen Hisbollah-Einheiten und israelischen Militärs auf Dauer befrieden kann. Die Blauhelmsoldaten werden derzeit zusammengestellt.

„Die Erfahrungen mit der Resolution 425 aus dem Jahr 1978 waren sehr schlecht“, sagt der Mehrheitsführer der libanesischen Drusen. „Bis auf weiteres wird niemand die Hisbollah aus dem Süden entfer-

nen können“, so auch die Hisbollah-Expertin Amal Saad-Ghorayeb. Wenn die Hisbollah darauf beharre, die Waffen zu behalten, „bedeutet das, dass sie sie benutzen wollen, wenn sie die Zeit für reif halten“.

Der Uno-Sicherheitsrat hatte vergangene Woche die Entwaffnung der schiitischen Hisbollah-Milizen von Generalsekretär Hassan Nasrallah gefordert. Die Einsatzregeln der neuen Unifil-Truppe dazu stehen aber noch nicht fest. Ein in Frankreich zirkulierter Entwurf des Konzepts sieht vor, dass Blauhelme die Kämpfer entwaffnen dürfen – aber nicht müssen.

Die Frage, ob das Mandat der Truppe ausreichen wird, die Macht der Organisation in den Gebieten südlich des Flusses Litani zu bre-

chen, ist damit nicht beantwortet. Nach den Worten des französischen Unifil-Chefs, Generalmajor Alain Pellegrini, wird die neue Unifil „stärker, mit mehr Personal und neuen Einsatzregeln ausgestattet“ sein. Die US-Regierung sieht es als klare Aufgabe, „die Hisbollah zu entwaffnen und dafür zu sorgen, dass sie nicht länger als unabhängige Miliz agieren“ könne, so Präsidentensprecher Tony Snow.

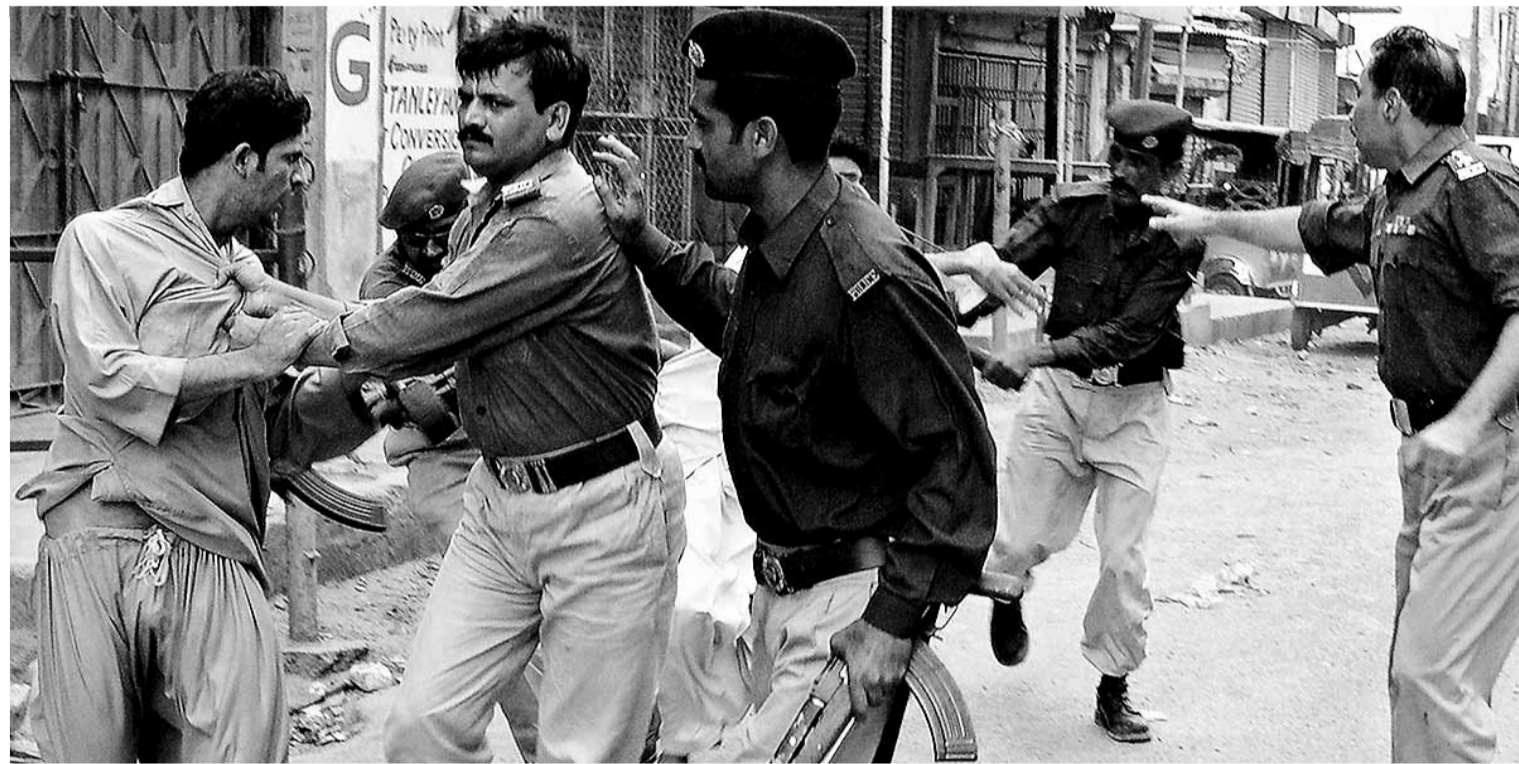
Libanesischer Ex-Generale halten eine Ablösung der Hisbollah als Ordnungsmacht im Südlibanon jedoch für unrealis-

tisch – zumal die antiwestlichen Töne zunehmen. Ex-Unifil-Sprecher Timur Goksel warnt davor, dass die Wahrnehmung der reformierten Unifil als „Besatzungsarmee“ zusätzliche Gefahren mit sich bringe.

Denn schon wird die neue Truppe als Stellvertreterarmee der USA gebrandmarkt – obwohl diese gar keine Soldaten stellen. Der höchste Hisbollah-Präsident im Südlibanon, Nabil Kaouk, beschimpft die USA als „Partner in (den israelischen) Missetaten, Partner im Krieg“. Die Hisbollah werde der in den Süden ein-

Schlagkraft

Aufruf Israel hat befreundete muslimische Länder wie die Türkei zur Teilnahme an der Uno-Truppe im Libanon aufgerufen. Die Uno möchte so die Unifil glaubwürdiger machen.



Aufbruch in Quetta: **Pakistanische Polizisten** nehmen Anhänger des getöteten Stammesführers Nawab Akbar Khan Bugti fest

Stammeskonflikt erschüttert Pakistan

Proteste nach Erschießung von Rebellenchef · Unruhen erschweren Antiterrorkampf an afghanischer Grenze

VON **FARHAN BOKHARI**, ISLAMABAD,
UND **SABINE MUSCAT**, BERLIN

Die Tötung des bekannten Rebellenführers Nawab Akbar Khan Bugti hat in Teilen Pakistans zu gewaltsamen Protesten geführt. Der Stammesführer war nach Regierungsangaben am Samstag bei einem Armeeeinsatz getötet worden. Bei dem Angriff auf eine Berghöhle seien auch 37 seiner Anhänger gestorben; auf Regierungsseite gab es bis zu 20 Tote.

Der Tod des Stammesführers hat den jahrzehntelangen Konflikt zwischen der Zentralregierung und lokalen Machthabern in der südwestlichen Provinz Balutschistan auf die Spitze getrieben. Beobachter warnen gestern vor einer weiteren Destabilisierung der ohnehin gefährlichen Grenzregion zu Afghanistan.

Der 79 Jahre alte Bugti führte eine von mehreren aufständischen Gruppen, die sich in Balutschistan gegen die Regierung von Präsident

Pervez Musharraf auflehnen. Die Stämme in der Region an der Grenze zu Afghanistan werfen der Regierung vor, sie bei der Verteilung der Einnahmen aus der Förderung von Gas zu benachteiligen. Die Aufständischen haben wiederholt Anschläge auf Pipelines und andere Infrastruktur-Einrichtungen verübt. Sie behindern auch Pläne der Regierung, die Hafencity Gwadar zu einem regionalen Logistikzentrum auszubauen.

Nach Bugtis Tod herrscht in Pakistan Angst vor einer Eskalation. In Quetta, der Hauptstadt von Balutschistan, wurde eine Ausgangssperre verhängt, nachdem Hunderte Bugti-Anhänger nachts randaliert hatten. Rund 400 Demonstranten wurden nach Polizeiangaben verhaftet. Auch aus anderen Gegenden wurden Proteste gemeldet.

Das dünn besiedelte Balutschistan macht 43 Prozent der Fläche Pakistans aus und ist zugleich die ärmste der vier Landesprovinzen. Islamabad hat begrenzten Einfluss auf die Stammesgesellschaft in der Region. Die Zentralregierung gibt den lokalen Machthabern die

Schuld an der ökonomischen Rückständigkeit. Im Juli hatte Musharraf einigen von ihnen den Kampf angesagt und dabei Bugti namentlich genannt.

Dieser hatte bereits mehrere große Revolten gegen Islamabad angeführt, die zum Teil blutig niedergeschlagen wurden. Kritiker sagen, die gewaltsame Reaktion habe die Spannungen oft noch befördert.

Die Reaktionen gestern fielen entsprechend aus: „Bugtis Tod könnte die Spaltung vertiefen. Er wird als Märtyrer gesehen, der sich

für die Bevölkerung von Balutschistan eingesetzt hat“, sagte der pakistanische Kommentator Hasan Askari Rizvi. „Dieses Ereignis wird die Instabilität in Pakistan erhöhen“, sagte Makhdoom Amin Faheem, Anführer der oppositionellen Pakistan Peoples' Party (PPP).

Ausländische Diplomaten in Islamabad warnten, dass Unruhen in Balutschistan auch die Überwachung der Grenze zu Afghanistan erschweren könnten. Balutschistan stößt an den Südpol des Landes, in dem Nato-Truppen mit einem Wiedererstarken der radikalislamischen Taliban konfrontiert sind.

Die Sicherheitslage in Pakistan sei insgesamt instabiler als noch vor zwei Jahren, sagte Dietrich Reetz vom Zentrum Moderner Orient in Berlin. „Pakistan hat jetzt drei Hotspots.“ Zum Kaschmir-Konflikt mit Indien und dem Antiterrorkampf an der afghanischen Grenze sei der Aufstand in Balutschistan als akutes Problem hinzugekommen.

„Dieses Ereignis wird die Instabilität in Pakistan erhöhen“

Makhdoom Amin Faheem, PPP

Menschenrechtler kritisieren harte Urteile in China

Justiz des Landes geht in mehreren Fällen gegen Journalisten und Bürgerrechtler vor · Haftstrafe für Mitarbeiter der „New York Times“

VON **MURE DICKIE**
UND **ANDREW YEH**, PEKING

Nach der Verurteilung eines chinesischen Mitarbeiters der „New York Times“ haben Menschenrechtsorganisationen gegen die chinesische Justiz protestiert. Am Freitag hatte ein Gericht in Peking den Recherchier Zhaoyan zum Vorwurf des Geheimnisverrats freigesprochen, ihn aber wegen eines anderen Betrugsverfalls zu drei Jahren Haft verurteilt.

Der Schuldspruch ist der jüngste Beweis für ein schärferes Vorgehen der Behörden gegen unliebsame

Oppositionelle. Am Donnerstag wurde der Bürgerrechtler Chen Guangcheng zu vier Jahren Haft verurteilt. Er hatte Amtsmissbrauch der für Geburtenkontrolle zuständigen Behörden beklagt. Zuvor war in Peking der Anwalt Gao Zhisheng verhaftet worden, der gegen die Verfolgung der Meditationsgruppe Falun Gong protestiert hatte.

Zudem wird in Kürze ein Urteil gegen einen Hongkong-Korrespondenten der singapurischen Zeitung „Straits Times“ erwartet. Ching Cheong sitzt wegen Spionageverdachts seit verganginem Jahr in Untersuchungshaft.

„Diese Serie von Angriffen auf Rechtsanwälte, Bürgerrechtler und Journalisten durch die Gerichte führt zu großen Zweifeln daran, wie sehr sich die Regierung Chinas an die Gesetze hält“, sagte Nicholas Bequelin von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. „Das waren offensichtlich politische, nicht rechtliche Urteile.“

Zhaoyan wurde 2003 in Haft genommen, nachdem er in einem Artikel vorab und zutreffend über den bevorstehenden Rücktritt von Präsident Jiang Zemin berichtet hatte. Das nun verkündete Urteil bezieht sich allerdings auf einen Betrugs-

vorwurf, der mit diesem Fall nichts zu tun hat. Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete außerdem, dass Zhaoyan lediglich aus Mangel an Beweisen vom Geheimnisverrat freigesprochen wurde.

Der Internationale Journalistenverband (IJF) sagte in einer Stellungnahme, allein die Anklage sei „ein weiterer Beweis für die andauernde Zurücknahme von Bürgerrechten in China“. Während der IJF begrüßte, dass die Anklage auf Geheimnisverrat fallen gelassen wurde, sei man entsetzt, dass die Justiz einen Journalisten auf Grund einer

gerückten libanesischen Armee so gut wie möglich helfen. „Das Land vor israelischen und US-Verletzungen zu schützen“.

Auch der frühere libanesischer Armee- und Regierungschef Michel Aoun macht Stimmung. „Das wird eine Okkupationstruppe mit dem Auftrag, Krieg gegen die Hisbollah zu führen und die Sicherheit Israels zu gewährleisten.“ Aoun ist einer der christlichen Politiker, die mit der Hisbollah und Syrien verbündet sind. Der prosyrische libanesischer Präsident Emile Lahoud sagte, die Forderung nach Entwaffnung „der einzigen Kraft in der arabischen Welt, die gegen Israel aufgestanden ist“, sei eine „Schande“.

LEITARTIKEL | Seite 25

Anschlag auf Café gefährdet Kosovo-Gespräche

Belgrad stellt Teilnahme an Verhandlungen in Frage

VON **MARINA ZAPF**, BERLIN

Wenige Tage vor dem Amtsantritt des Deutschen Joachim Rücker als neuer Uno-Verwalter im Kosovo ist es im Norden der abtrünnigen serbischen Provinz zu einem schweren Zwischenfall gekommen. Nach Fernsehberichten warf ein jugendlicher Kosovo-Albaner eine Handgranate in ein Café der mehrheitlich von Serben bewohnten Stadt Mitrovica. Die Polizei bestätigte, dass es neun Verletzte gegeben habe, darunter einen britischen Uno-Polizisten.

Die Nato-Schutztruppe Kfor und die Uno-Polizei hatten ihre Präsenz in der Stadt in letzter Zeit verstärkt, weil sie während der internationalen Verhandlungen über den künftigen völkerrechtlichen Status des Kosovo erhöhte Spannungen erwartet hatten. Der Anschlag zeigt, wie explosiv die Lage ist, zumal die Statusgespräche bis Ende des Jahres abgeschlossen sein sollen.

Die Regierung in Belgrad verurteilte den Angriff als „terroristischen Akt“ und lastete den Verantwortlichen im Kosovo erneut an, die serbische Minderheit nicht ausreichend zu schützen. Die Teilnahme an der nächsten Verhandlungsrunde sei fraglich. Belgrad lehnt eine Loslösung des Kosovo ab und überraschte zuletzt mit dem Vorschlag einer auf 20 Jahre befristeten Autonomie. Den von den Serben bevorzugten Weg einer Teilung lehnen alle Beteiligten ab.

Der neue Uno-Verwalter Rücker hat sich seit 2001 im Kosovo mit Privatisierungserfolgen einen Namen gemacht. Bevor er am 1. September an die Verwaltungsspitze aufrückt, besucht am Donnerstag Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) das deutsche Kontingent der Kfor. Rücker kritisierte am Wochenende die mangelnde Integrationsbereitschaft der serbischen Minderheit. „Die Hardliner in Belgrad müssen aufhören, die Kosovo-Serben an der politischen und wirtschaftlichen Integration zu hindern“, sagte er dem „Handelsblatt“.